

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren,

zum wiederholten Male sind wir mit einem Haushalt konfrontiert, der nicht ausgeglichen werden kann.

Und das, obwohl die Steuereinnahmen gestiegen sind und die gesamtwirtschaftliche Entwicklung sich nach Darstellung der einschlägigen Institute eigentlich positiv darstellt. Da muss die Frage erlaubt sein: Entweder können die öffentlichen Haushalte mit Geld nicht umgehen oder es gibt ein strukturelles Problem.

Letzteres ist sicher, denn von Bund und Land werden immer mehr Aufgaben an die Kommunen delegiert, ohne dass dafür ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden. Im Gegenteil wurde dem Topf für den Kommunalen Finanzausgleich sogar Geld entzogen.

Seit dem Jahr 2012 werden im deutschlandweiten Durchschnitt auf der kommunalen Ebene wieder Finanzierungsüberschüsse erzielt. Auch für die nächsten Jahre wird ein positiver, leicht ansteigender Finanzierungssaldo erwartet. Die Schere zwischen armen und reichen Kommunen geht aber immer weiter auseinander. Das können wir auch im Main-Taunus-Kreis beobachten, wenn wir die Städte Eschborn mit guten Einnahmen und enormen Geldreserven ansehen und auf der einen Seite und Hattersheim, die den Rettungsschirm in Anspruch nehmen muss. Die Städte und Gemeinden entwickeln sich immer mehr zu einer Zweiklassengesellschaft. Speziell Einnahmeerhöhungen durch Steuern verteilen sich höchst ungleich auf die Kommunen und deshalb ist trotz Steuermehreinnahmen ein weiterer Anstieg der Verschuldung wahrscheinlich. Zurecht fordert der Deutsche Städtetag eine finanzielle Mindestausstattung für jede Kommune.

Das Ungleichgewicht wird auch bei der Entwicklung der Kassenkredite sichtbar. Unabhängig von steigenden Einnahmequellen stiegen die Kassenkredite auch in den Jahren 2012 und 2013 weiter an. Der bislang höchste Stand wird im Jahr 2012 mit etwa 48 Milliarden ausgewiesen. Auch in Kriftel wurde die Grenze für Kassenkredite von 10 auf 14 Mio angehoben. Die Auswirkungen steigender Zinsen in diesem Bereich kann sich jeder vorstellen.

Diese Haushaltsnotlage wird vor Ort – wie auch bei uns in Kriftel - notgedrungen mit dem immer gleichen Rezept bekämpft: Verzicht auf bzw. Reduzierung freiwilliger Leistungen, Aufnahme von Kassenkrediten und Reduzierung der notwendigen Instandhaltungsinvestitionen.

Viele Städte befinden sich aktuell wie auch unsere Gemeinde in einer dramatischen Abwärtsspirale. In Anbetracht anstehender Investitionen im Bereich Kinderbetreuung oder Klimaschutz, die im Haushaltsplan nur zum Teil enthalten sind, wird es schwer, aus dieser Abwärtsspirale wieder zu entkommen.

Hauptursache für die Schieflage der Kommunen sind die unterschiedlichen Ausgabe- und Einnahmeentwicklungen. Während die Einnahmen durch die Konjunkturabhängigkeit schwanken und schwer einzuschätzen sind, steigen die Ausgaben stetig.

Die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen muss überwunden werden. Das Programm zum Ausbau der Kinderbetreuung wurde noch in der alten Legislaturperiode bis 2015 verlängert. Unsere Entscheidung für den Neubau der Kita Obstgärtchen hätten wir mit mehr Zeit und Überlegung treffen können.

In der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU und SPD im Bund stehen weitere Absichtserklärungen. Immerhin will das Land Hessen 20 Millionen mehr für den kommunalen Finanzausgleich zur Verfügung stellen, wenn der Koalitionsvertrag zwischen CDU und GRÜNEN denn zum Tragen kommt. Ein Betrag, den die CDU-FDP-Regierung diesem Topf in der letzten Legislaturperiode entzogen hat. Ein nachhaltiges Finanzierungskonzept für Kommunen ist dringend notwendig, damit sie eigenverantwortlich ihren Aufgaben gerecht werden können.

Kriftel konnte zuletzt im Jahr 2009 einen Haushalt mit leichtem Plus vorlegen – seit dem sind kontinuierlich Defizite entstanden, die den Schuldenberg zum Ende des Planjahres 2014 auf mehr als 14 Mio € haben anwachsen lassen, ein winziger Anteil an der Gesamtverschuldung der öffentlichen Haushalte, die Ende 2012 bei mehr als 2 Billionen Euro liegt.

Die öffentliche Verschuldung hat nach der Wirtschaftskrise 2009 stark zugenommen. Das war auch durchaus gewollt und hat unser Land letztlich vor schlimmeren Auswirkungen bewahrt. Durch ein groß angelegtes Konjunkturprogramm haben die Kommunen Investitionen vorgezogen, um Zuschüsse von Bund und Land zu erhalten. Auch Kriftel hat im Zuge dieses Programms als größere Maßnahme die Sanierung der Schwarzbachhalle vorgezogen.

Vor diesem Gesamthintergrund muss der Krifteler Haushalt 2014 betrachtet werden. Unsere ordentlichen Erträge, die noch im Jahr 2010 bei rund 14 Mio € lagen, sind zwischenzeitlich auf rund 20 Mio gestiegen (+ 30 %) während die ordentlichen Aufwendungen von 18,5 auf 22 Mio (+ 16 %) gestiegen sind. Trotz steigender Einnahmen schaffen wir es nicht, unsere Aufwendungen den Einnahmen anzugleichen. Der Fehlbetrag im ordentlichen Ergebnis liegt bei rund zwei Millionen. Die Bemühungen der interfraktionellen Konsolidierungsgruppe haben

bestenfalls kleine Einsparungsbeiträge erschlossen. Keine Maßnahme wird ausreichen, die Lücke im Haushalt zu schließen. Handlungsspielräume sind so gut wie keine mehr vorhanden.

Dass das nicht nur uns so gegangen ist, lässt sich an den Anträgen der Fraktionen zum Haushalt ablesen.

Unsere Anträge auf

- Prüfung des Energieverbrauchs im Rat- und Bürgerhaus,
- Einrichtung eines Hotspots in der Gemeindebücherei und der
- DIN-gerechten Fortsetzung der Bürgersteigabsenkungen wurden angenommen.

Sie verursachen nur unwesentliche Belastungen des Haushaltes und dürften sich im Rahmen der Haushaltsansätze verwirklichen lassen. Zur Einrichtung des Hotspots soll noch das Kulturforum gehört werden.

Wir haben allerdings festgestellt, dass dieser Haushalt keine Zukunftsinvestitionen enthält, die aus unserer Sicht in den nächsten Jahren trotz angespannter Haushaltslage in Angriff genommen werden müssen. Ich denke da an den weiteren Ausbau der Kindertagesbetreuung. Die Plätze für Kinder unter drei reichen vermutlich nicht aus und bei einigen Kindertagesstätten gibt es Investitionsbedarf, der weder in diesem Haushalt noch im Investitionsplan für die Folgejahre enthalten ist.

Es kann nicht sein, dass absehbare Dinge immer wieder mit großem Zeitdruck durch die Gremien gebracht werden, weil keine vernünftigen Planungen vorliegen. So ist im Haushalt in diesem Jahr der Teilverkauf eines Grundstücks geplant, auf dem Baurecht für eine Kindertagesstätte besteht. Wir halten das nicht für sinnvoll bevor die Planung im Kindertagesstättenbereich nicht abgeschlossen ist. Ein entsprechender Prüfauftrag der CDU ist in Bearbeitung und wir hoffen, dass endlich eine Planung vorgelegt wird und erst danach Entscheidungen über Grundstücksverkäufe getroffen werden.

Überrascht hat mich auch, dass quasi im Nebensatz im Zusammenhang mit einer Frage zum Haushaltssicherungskonzept von Bürgermeister Seitz mitgeteilt wird, dass es 20er Kindergartengruppen ja nicht mehr gibt. Wann haben wir beschlossen, darauf zu verzichten? Ich kann mich an keine Diskussion darüber und auch keine Vorlage erinnern. Wir waren doch immer ganz stolz auf unsere hohe Qualität im Kindergartenbereich und im letzten Entwicklungsplan war dieses Kriterium noch enthalten, wenn auch mit dem Hinweis „wenn möglich“. Dieses „wenn möglich“ haben alle Kindertagesstätten mitgetragen. Wenn wir jetzt die Möglichkeiten der 25er Gruppen mit dem Personalschlüssel des KiFöG ausschöpfen, wäre das ein erheblicher Rückschritt bei der Qualität und wird unseren bisherigen Ansprüchen

nicht gerecht. Der Entwicklungsplan für Kindertagesstätten wurde uns in diesem Jahr aus personellen Gründen nicht mit dem Haushalt vorgelegt. Darüber sollte in jedem Fall diskutiert werden.

Dem von der FDP vorgelegten Antrag auf Erhebung von Eintrittsgeldern für den Kreppelkaffee für Seniorinnen und Senioren haben wir nicht zugestimmt, weil wir der Ansicht sind, dass ein Haushalt auch generationengerecht aufgestellt werden sollte. In der Konsolidierungsgruppe wurde über das Thema zuvor diskutiert. Wir waren uns einig, dass bei den vielen Zuschüssen, die die Gemeinde für Kinder und Jugendliche ausgibt, auch diese Altersgruppe einen Anteil erhalten sollte. Änderungen in der Organisation und Durchführung sollten zu Kosteneinsparungen führen und den Gemeindegeldzuschuss senken.

Zu den Anträgen von FDP und SPD im Hinblick auf interkommunale Zusammenarbeit ist zu sagen: Ja, wir sind auch für mehr interkommunale Zusammenarbeit. Im letzten Jahr hatten auch wir einen Antrag dazu gestellt. In diesem Jahr haben wir keinen Antrag dazu gestellt, sind aber immer noch dafür. Wir haben allerdings den Eindruck, dass der Gemeindevorstand die Möglichkeiten interkommunaler Zusammenarbeit fest im Blick hat. Es wurden ja auch schon einige Projekte umgesetzt. Außerdem gibt es auf Kreisebene eine Arbeitsgruppe, die sich laufend mit diesen Fragen beschäftigt. Wir denken, dieses Thema ist in allen Kommunen angekommen und es bedarf keiner weiteren Anträge dazu. Dennoch haben wir den Anträgen der SPD zugestimmt, obwohl wir sie für nicht erforderlich halten. Der Antrag der FDP wurde für erledigt erklärt, weil die mobile Beratung bereits interkommunal umgesetzt wird und wir die Dienstleistung passgenau einkaufen. Dem Antrag auf Verschieben von Investitionen bei der Kleinen Schwarzbachhalle haben wir nicht zugestimmt, weil uns glaubhaft versichert wurde, dass diese Maßnahmen notwendig sind und demzufolge auch schnell umgesetzt werden müssen. Notwendige Maßnahmen müssen auch zukünftig umgesetzt werden, weil wir sonst unsere Infrastruktur herunterwirtschaften und das kann nicht Ziel unserer Sparbemühungen sein.

Nachdem wir seit einem Jahr in einer interfraktionellen Arbeitsgruppe Fragen zum Klimaschutz systematisch durchgegangen sind und diskutiert haben, hat uns der SPD-Antrag dazu doch sehr überrascht. Natürlich hätten wir uns gewünscht, dass die Arbeitsgruppe als Ergebnis die Erarbeitung eines Klimaschutzkonzeptes beschlossen hätte. Hat sie aber nicht und die SPD hat sich in dieser Arbeitsgruppe auch nicht dafür eingesetzt. Grundsätzlich halten wir ein planvolles Vorgehen für wünschenswert. Wir denken aber, dass es nach dem Regierungswechsel in Land und Bund noch Anstöße und Anregungen geben wird, die abgewartet werden sollten. Dem Antrag haben wir daher nicht zugestimmt, sind aber durchaus dafür, das Thema zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal aufzugreifen.

Den Prüfanträgen der CDU in Sachen Verkehrssicherung bei der Querung der Landesstraße 3011 auf Höhe der Seniorenanlage und der Einrichtung einer Geschwindigkeitsmessenanlage haben wir zugestimmt. Sicherheit und Lärmschutz dürfen aus unserer Sicht ebenfalls nicht den Sparbemühungen zum Opfer fallen.

Insgesamt haben wir die Beratungen zum Haushalt als sehr angenehm und wohlwollend erlebt, was wohl daran liegt, dass die Konsolidierungsgruppe und der Gemeindevorstand bereits wesentliche Vorarbeiten geleistet haben. So sind die Gebührenerhöhungen im Kindertagesstättenbereich von allen Fraktionen für notwendig erachtet worden, obwohl dieses Bildungsangebot allen Familien selbstverständlich zu niedrigen bzw. keinen Gebühren zur Verfügung gestellt werden sollte. Dies setzt aber voraus, dass Land und Bund sich finanziell mehr einbringen. Die Kommunen können das mit ihrer finanziellen Ausstattung nicht abfangen. Die Entscheidung darüber liegt nicht in unserer Hand. Wir müssen deshalb die Kofinanzierung von den Eltern einfordern und Beschwerden darüber an die richtigen Adressen weitergeben. Die Wählerinnen und Wähler können das dann bei der nächsten Wahl entsprechend berücksichtigen.

Ich möchte abschließend unsere Ziele noch einmal deutlich machen, weil sie unser Abstimmungsverhalten wesentlich beeinflusst haben

- Zukunftsinvestitionen (Klimaschutz, Kinderbetreuung, Inklusion) dürfen nicht außen vor gelassen werden. Sie müssen maßvoll und vorausschauend geplant werden.
- Notwendige Maßnahmen zum Erhalt bzw. Ergänzung unserer Infrastruktur müssen durchgeführt werden.
- Um Sicherheit, Lärmschutz und Gesundheitsvorsorge müssen wir uns trotz Sparbemühungen kümmern.

Weil in diesem Haushalt die Zukunft größtenteils außen vor gelassen wurde, werden wir der Haushaltssatzung und dem Investitionsplan nicht zustimmen. Dem Haushaltssicherungskonzept stimmen wir zu ebenso wie dem Wirtschaftsplan der Gemeindegewerke.

Wie immer hat uns die Verwaltung für die Beratungen umfangreiche und informative Unterlagen zur Verfügung gestellt und stand für Rückfragen zur Verfügung. Dafür bedanken wir uns.

Ich nutze die Gelegenheit, Ihnen allen auch im Namen meiner Fraktion ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr zu wünschen. Hoffen wir gemeinsam, dass sich die finanziellen Rahmenbedingungen so verändern, dass wir in unserer Kommune wieder einen größeren Gestaltungsspielraum erhalten und anregende Debatten über die Verwendung von Haushaltsmitteln führen können.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.